



B90/Die Grünen



CDU



FDP



Linke/Partei



SPD

An
Herrn Bundeskanzler Olaf Scholz
Herrn Ministerpräsidenten Hendrik Wüst
die Ministerinnen und Minister des Bundes und des Landes NRW
die Bundes- und Landtagsabgeordneten

Solingen, 13.12.2022

Kommunaler Hilferuf!

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrte Damen und Herren Minister:innen und Abgeordnete,

Bund, Land und Kommunen kämpfen gleichermaßen auf den unterschiedlichen Ebenen gegen die multiplen Krisen, mit denen wir es heutzutage zu tun haben. Diese Anstrengungen sind anerkennenswert, sie sind absolut notwendig und sie zeigen den Willen zur politischen Gestaltung. Dafür danken wir Ihnen.

Trotz allen Engagements ist in dieser Reihung Bund – Land – Kommunen eine Hierarchie festzustellen, die die kommunale Familie insbesondere hier in NRW an die Wand zu drücken droht.

Die Stadt Solingen hat seit Jahrzehnten Haushalts sicherungskonzepte auflegen müssen, es wurde gespart, wo nur immer möglich. Personalabbau, Schließung von Einrichtungen, Privatisierung von Dienstleistungen und das immer wieder verzögerte Sanieren der kommunalen Infrastruktur haben dazu geführt, dass wir heute kaum noch in der Lage sind, den Bürgerinnen und Bürgern die Dienstleistungen der kommunalen Daseinsfürsorge in ausreichendem Umfang und in angemessener Qualität zur Verfügung zu stellen.

Mit dem kommunalen Stärkungspakt war es uns erstmals wieder gelungen, einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Diese Unterstützung hatte uns Hoffnung gegeben, dass wir die anstehenden Herausforderungen der Klimakrise, vor allem die Energie- und die Verkehrswende, umsetzen können. Diese Hoffnung besteht nicht mehr.

Die **Aufnahme der Geflüchteten** von 2015/2016 haben wir hier vor Ort mit großem, auch ehrenamtlichem Engagement, umsetzen können. Sie wissen, dass die Finanzierung durch Bund und Land bei weitem nicht ausreichte, um die Aufwendungen zu decken. Aber wir haben es geschafft. Und nicht nur das – es ist uns gelungen, die Menschen aus den Massenunterkünften in Wohnungen unterzubringen. Es ist uns bei allen Schwierigkeiten gelungen, die Kinder zu unterrichten. Und es ist uns gelungen, gemeinsam in Toleranz und sehr viel persönlicher Hinwendung die Aufnahme in die Stadtgesellschaft zu realisieren.

Auch die **Corona-Krise** haben wir vor Ort in weitestgehend geordnete Bahnen gelenkt. Wir haben Verwaltungseinheiten vorübergehend stillgelegt, um das Gesundheitsamt personell halbwegs ausreichend zu besetzen, wir haben frühzeitig das Lollitestverfahren eingeführt und es ist uns gelungen,

unser kommunales Krankenhaus vor dem Kollaps zu bewahren. Die Kosten dafür belaufen sich seit 2020 auf strukturell ca. 35 Mio. Euro jährlich. Wir „parken“ sie in einem „Sonderhaushalt“, der uns 2024 auf die Füße fallen wird. Nach heutiger Lage werden wir in der mittelfristigen Finanzplanung bereits bei der Erstellung des 2023er Haushalts ab 2024 diese zusätzlichen 35 Mio. Euro in den Kernhaushalt übernehmen müssen. Damit stehen wir vor einem Gesamtdefizit jenseits der 50 Mio. Euro, zusätzlich zu Kassenkrediten in Höhe von etwa 550 Mio. Euro. Diese sind nur in Teilen längerfristig zinstechnisch gebunden. Es ist daher nur eine Frage der Zeit, bis wir hier zusätzliche Kosten in Millionenhöhe zu verzeichnen haben.

Die **Hochwasserkatastrophe** im Juli 2021 hat auch in unserer Stadt massive Schäden angerichtet, auch hier haben wir unser Möglichstes getan, um zu helfen. Die Stadtgesellschaft stand zusammen, die Held:innengeschichten sind zahlreich, unser Dank gilt den Hunderten, die sich eingebracht haben. Der Einsatz von Bund und Land, um die materiellen Schäden zu beheben, ist wirklich lobenswert – trotzdem bleiben die Personalkosten kommunal hängen.

Und nun der **Angriffskrieg Russlands** auf die Ukraine mit all seinen Folgen:

- Solingen hat bisher über 1.300 ukrainische Flüchtlinge aufgenommen, die Zahlen steigen täglich.
- Uns ist es gelungen, die mehr als 500 Kinder und Jugendlichen im Moment noch im regulären Schulsystem aufzunehmen und zu unterrichten.
- Wir konnten die Unterbringung in Massenunterkünften bisher vermeiden.
- Die Solidarität mit den Menschen ist groß.

Und wieder – wie 2015/2016 – ist festzustellen, dass die Finanzierungslücke in Höhe von mindestens 2-3 Mio. Euro jährlich kommunal geschlossen werden muss.

Neben dieser Kraftanstrengung hat der Krieg massive Auswirkungen auf die sehr mittelständisch geprägte Industriestruktur unserer Stadt. Wir rechnen mit einem **Einbruch bei den Gewerbesteuerereinnahmen** ab dem kommenden Jahr.

Die Erhöhung des **Hebesatzes** vor allem bei der Grundsteuer B ist ausgereizt. Für einen Haushaltsausgleich müsste der aktuell schon hohe Hebesatz um 1000 Punkte erhöht werden. Eine Unmöglichkeit!

Die Entlastungspakete des Bundes haben direkte Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte aufgrund sinkender Einkommenssteuereinnahmen.

Förderprogramme aller Ebenen können wir nur sehr bedingt nutzen: auch ein nur 10%iger kommunaler Eigenanteil ist als freiwillige Leistung in unserer Haushaltslage kaum darstellbar.

Ganz abgesehen davon, dass uns das Personal fehlt für die Projektplanung, die Beantragung der Mittel und die notwendige Evaluation der Projekte. Dass es nicht nur uns so geht zeigen die vielen liegengelassenen Fördermittel.

Wir waren stolz darauf, dass die Bezirksregierung unserer Argumentation gefolgt war, dass „**investieren um zu sparen**“ auch für finanzschwache Kommunen der richtige Weg sei, um kommunale Infrastruktur zu erhalten. Von den dringend notwendigen Investitionsmaßnahmen in Schul- und Kitabauten, für die wir ein Investitionspaket in Höhe von 390 Mio. Euro aufgelegt hatten, können wir

aufgrund der dramatisch gestiegenen Baukosten nur noch etwa die Hälfte umsetzen. Die enormen Baukostensteigerungen machen eine Priorisierung erforderlich, die Kindern, Eltern, Betreuungspersonal und Lehrerschaft eigentlich nicht mehr zuzumuten ist.

Die Veränderungen der Systematik im **Gemeindefinanzierungsgesetz** hat dazu geführt, dass sich die Zuwendungen an kleinere Großstädte wie Solingen mit seinen 164.000 Einwohner:innen dramatisch reduzieren. Die so genannte Einwohnerveredelung begünstigt Großstädte wie Köln oder Düsseldorf, sie ignoriert jedoch die Funktionen, die eine Stadt der Größe Solingens für das ländlich geprägte Umfeld hat bzw. haben müsste.

Die Differenzierung der **fiktiven Hebesätze** von kreisfreien und kreisangehörigen Kommunen kostet uns etwa 2 bis 3 Mio. Euro jährlich. Die höhere Bewertung des einzelnen Einwohners/der einzelnen Einwohnerin in der Hauptsatzstaffel gegenüber dem Transferleistungsansatz benachteiligt die Stadt Solingen zusätzlich.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreund:innen,

die Liste der Gründe für die dramatische Haushaltssituation der Stadt Solingen ließe sich fortsetzen. Nicht zuletzt die häufig nicht oder völlig unzureichend finanzierten zusätzlich von Bund und Land übertragenen Aufgaben haben uns bereits in der Vergangenheit vor schier unlösbare Probleme gestellt. Den nun festgeschriebenen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern ab 2026 beispielsweise werden wir nicht umsetzen können – weder baulich, noch finanziell, noch personell. Und das gilt nicht nur für Solingen.

Das mittlerweile zwischen Bund und Ländern vereinbarte 49-Euro-Ticket –verkehrswendebezogen absolut wünschenswert und richtig – wird unser **kommunales Stadtwerk** massiv belasten, das doch bereits mit der Energiekrise in sehr schwierige Fahrwasser geraten ist und die coronabedingten Einnahmeausfälle zu verkraften hat. Auch hier gilt: es ist gut, dass das Land mit dem Nachtragshaushalt und dem Angebot der Haftungsfreistellung die Not der Stadtwerke zumindest im Bereich der Energieversorgung sieht. Aber die finanzielle Schieflage aufgrund der dramatischen Unterfinanzierung des ÖPNV und der aufgrund der Energiekrise nicht mehr möglichen Querfinanzierung macht die Aufnahme der Stadtwerke in einen Rettungsschirm dringend notwendig.

Trotz all dieser krisenhaften Entwicklungen, die die Stadt Solingen und ihre Bürger:innen zur Zeit meistern, haben wir noch gar nicht über die eine, die weltumspannende **Klimakrise** gesprochen. Transformationsprozesse hin zu einer nachhaltigen Gestaltung von Stadtgesellschaft kosten Geld. Dieses Geld fehlt uns in Gänze. Wir können die notwendigen Schritte im Moment nicht gehen – selbst wenn wir es wollten.

Und wir wollen! Der Solinger Stadtrat hat einstimmig seine Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen und ist insbesondere für die konkrete Ausgestaltung ausgezeichnet worden. Wir wollen die Handlungsempfehlungen umsetzen. Aber dafür brauchen wir Geld!

Mit anderen Worten: wir brauchen einen **Altschuldenfonds**, der uns nicht zu weiteren Sparmaßnahmen zwingt. Das wird mittlerweile allgemein anerkannt, hakt aber an der Hin- und Herschieberei zwischen Bund und Land. Hier bitten wir dringend um zeitnahe Umsetzung.

Mittlerweile reicht das aber nicht mehr. Was wir eigentlich zwingend brauchen, ist eine **grundsätzliche Reform der Kommunalfinanzen**. Wir können die vielfältigen kommunalen Aufgaben nur erfüllen, wenn endlich eine verlässliche und vor allem ausreichende Finanzierung erfolgt, wenn Aufgabenübertragungen anderer Ebenen ausreichend finanziert sind und wenn die immer weiter ausufernde „Projekteritis“ über Förderprogramme mit kommunaler Kofinanzierung endlich durch eine verlässliche institutionelle Finanzierung ersetzt wird.

Ohne diese substantielle Unterstützung von Bund und Land ist abzusehen, dass wir den Vorgaben des kommunalen Finanzrechtes nicht mehr werden entsprechen **können**. Weitere Sparmaßnahmen würden bedeuten, in Solingen das Licht auszudrehen. Kommunen sind die Grundlage der demokratischen Gesellschaft. Demokratie wird hier gemacht – oder gekippt. Wir stehen vor großen Herausforderungen.

Wir brauchen Ihre Unterstützung - jetzt.

In der Hoffnung, die wirklich dramatische Zuspitzung der Situation vor Ort deutlich gemacht zu haben verbleiben wir

mit herzlichen Grüßen

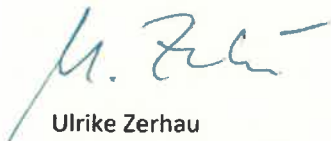


Frank Knoche
Bündnis 90/Die Grünen


Daniel Flemm
CDU-Fraktion



Jürgen Albertmann
FDP-Fraktion



Ulrike Zerhau
Die LINKE. DIE PARTEI



Iris Preuß-Buchholz
SPD-Fraktion